Niederschrift

über die 25. Sitzung des Rates der Stadt Geilenkirchen am Mittwoch, dem 04.09.2013, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen

Tagesordnung

1. Mitteilungen des Bürgermeisters
2. Bekanntgabe und Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben
Vorlage: 901/2013
3. Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Errichtung eines gemeinsamen Familienhebammendienstes beim Gesundheitsamt des Kreises Heinsberg
Vorlage: 907/2013
4. Entsendung von Vertretern der Stadt in die Gremien der "Entwicklungsgesellschaft Stadt Geilenkirchen GmbH"
Vorlage: 867/2013
5. Auflösung und Zusammenlegung von Ausschüssen
Antrag der Fraktionen von CDU und SPD
Vorlage: 911/2013
6. Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen
7. Fragestunde für Einwohner

Anwesend waren:

Vorsitzender

1. Bürgermeister Thomas Fiedler

Mitglieder

2. Nikolaus Bales
3. Marko Banzet
4. Franz Beemelmanns
5. Hans-Jürgen Benden
6. Herbert Brandt
7. Karl-Peter Conrads
8. Klaus Dohlen
9. Uwe Eggert
10. Dr. Stefan Evertz
11. Toska Frohn

12. Johann Graf
13. Theresia Hensen
14. Johannes Henßen
15. Horst-Eberhard Hoffmann
16. Karin Hoffmann
17. Rainer Jansen
18. Gabriele Kals-Deußen
19. Michael Kappes
20. Nils Kasper
21. Stefan Kassel
22. Wilfried Kleinen
23. Heinz Kohnen
24. Christian Kravanja
25. Leonhard Kuhn anwesend bis TOP 7
26. Gerd Latour
27. Markus Melchers
28. Manfred Mingers abwesend ab 19:06 Uhr (während des TOP 5)
29. Dr. Joachim Möhring anwesend ab TOP 5
30. Uwe Neudeck
31. Hans-Josef Paulus
32. Manfred Schumacher
33. Barbara Slupik
34. Kurt Sybertz
35. Raimund Tartler
36. Ruth Thelen
37. Marlis Tings
38. Harald Volles
39. Wilhelm Josef Wolff

von der Verwaltung

40. Erster Beigeordneter Herbert Brunen
41. Technischer Beigeordneter Markus Mönter
42. Karl-Heinz Kleinjans
43. Peter Klee
44. Stephan Scholz

Protokollführerin

45. Tina Beckers-Offermanns

Bürgermeister Fiedler begrüßte die Anwesenden zur 25. Sitzung des Rates der Stadt Geilenkirchen und stellte die Beschlussfähigkeit des Rates fest. Der Stadtverordnete Dr. Möhring habe mitteilen lassen, dass er aufgrund einer Zugverspätung etwas später eintreffe. Die Einladung zur Sitzung sei frist- und formgerecht zugestellt worden. Einwendungen gegen die Niederschrift der letzten Sitzung habe es nicht gegeben.

Stadtverordneter Hoffmann beantragte, aufgrund der Verspätung des Stadtverordneten Dr. Möhring den Punkt 2 der Tagesordnung als neuen Punkt 5 zu behandeln. Der Stadtverordnete werde als Kandidat für einen der Ausschussvorsitze vorgeschlagen und daher bitte er darum, dem Stadtverordneten die Möglichkeit zu geben, diesen Punkt mit zu beraten und zu entscheiden.

Beschluss:

Mit vier Enthaltungen sprach sich der Rat einstimmig für die Verschiebung des Punktes 2 „Auflösung und Zusammenlegung von Ausschüssen“ als neuen Punkt 5 aus.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	34
Nein:	0
Enthaltung:	4

TOP 1 Mitteilungen des Bürgermeisters

a) Bürgermeister Fiedler teilte mit, dass die Firma Altenburg, Düsseldorf, im Auftrag der Stadt die Betriebsform, Bedarfsgerechtigkeit und Dimensionierung eines künftigen Hallenbades analysiere. Diese Analyse werde im Oktober beendet sein. Er werde den Rat in der Sitzung vom 09.10. ausführlich darüber informieren, welche Daten der Analyse zu Grunde gelegt wurden und wie das Verfahren bis zur Erstellung des Gutachtens gestaltet werde.

Angesichts des großen öffentlichen Interesses an dem Thema „Neubau Schwimmbad“ und zur Wahrung einer größtmöglichen Transparenz werde er auf Anraten der Fa. Altenburg das Gutachten in einer öffentlichen Informationsveranstaltung für die Mitglieder des Rates sowie interessierte Sportvereine und Mitbürger/innen am 17. Oktober um 18 Uhr in der Aula der Anita-Lichtenstein-Gesamtschule vorstellen lassen. Das Gutachten werde Thema und Ausgangspunkt für die dann folgenden Beratungen und Beschlussfassungen des Rates und seiner Ausschüsse sein.

b) Weiterhin teilte Bürgermeister Fiedler mit, dass er zuversichtlich sei, dass die Haushaltsberatungen 2014 im Januar 2014 stattfinden könnten.

TOP 2 Bekanntgabe und Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben Vorlage: 901/2013

Bürgermeister Fiedler bat Herrn Kleinjans kurz, die wichtigsten Punkte der über- bzw. außerplanmäßigen Ausgaben zu erläutern.

Herr Kleinjans erklärte, dass die erste Position eventuell einige Fragen aufgeworfen habe. Die Stadt nehme Kredite zur Liquiditätssicherung möglichst kurzfristig auf. Bei dem Untersachkonto handele es sich auch lediglich um ein Finanzrechnungskonto und kein Aufwandskonto. Es sei eingerichtet worden, um das von der Bank gezahlte Geld vereinnahmen zu können.

Auf Nachfrage erläuterte Herr Kleinjans weiter, dass die Stadt Geilenkirchen keine Probleme bei der Kreditaufnahme habe. Die monatliche Zinsbelastung liege zwischen 2.000 und 3.000 €. Herr Kleinjans bestätigte, dass es indirekten Einfluss auf das Haushaltssicherungskonzept gebe. Je mehr Kredite aufgenommen würden, desto mehr Zinsen müssten gezahlt werden. Daher werde immer eine geringe Kreditsumme und damit auch Zinsbelastung angestrebt.

Stadtverordneter Kohnen erkundigte sich, was mit dem Endausbau der Prof.-Max-Wilms-Straße gemeint sei.

Beigeordneter Mönter erklärte, dass es um die Erschließung der noch zu bebauenden Grundstücke mit einer Stichstraße gehe. Der Beschluss sei vorbehaltlich der Mittelbereitstellung in einer früheren Sitzung des Rates getroffen worden. Ursprünglich sei beabsichtigt gewesen, die Kosten durch Haushaltsreste einer Ermächtigungsgrundlage zu decken. Dies sei verworfen worden, so dass eine außerplanmäßige Ausgabe vorgenommen werden musste.

Beschluss:

Die über- und außerplanmäßigen Ausgaben werden genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	38
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 3 Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Errichtung eines gemeinsamen Familienhebammendienstes beim Gesundheitsamt des Kreises Heinsberg
Vorlage: 907/2013**

Frau Kals-Deußen führte aus, dass sie die Vereinbarung ausdrücklich begrüße. Ein Familienhebammendienst eigne sich hervorragend, um einer möglichen Kindeswohlgefährdung frühzeitig entgegen zu treten.

Erster Beigeordneter Brunen erläuterte, dass der Punkt ursprünglich dem Jugendhilfeausschuss vorgestellt worden wäre. Nachdem der Kreistag unmittelbar vor den Sommerferien einen entsprechenden Beschluss gefasst hatte, war dies aus terminlichen Gründen nicht mehr rechtzeitig möglich und das zeitgleiche Handeln mit den anderen Kommunen sei erforderlich gewesen. Durch den Familienhebammendienst würden frühkindliche Hilfen installiert. Ursprünglich sei hierfür das Begrüßungspaket vorgesehen gewesen, das sich jedoch als nicht so wirksam herausgestellt habe. Unter Federführung des Kreises hätten sich daher alle Jugendämter der Vereinbarung für den Familienhebammendienst angeschlossen.

Stadtverordneter Melchers meinte, dass die FDP-Fraktion die Vereinbarung ebenfalls sehr begrüße und sie als gutes Beispiel interkommunaler Zusammenarbeit ansehe. Er fragte nach, ob die Kosten von den Fallzahlen abhingen.

Erster Beigeordneter Brunen antwortete, dass das Gesundheitsamt des Kreises bereits Stellen für freiberufliche Hebammen ausgeschrieben habe. Das Gesamtbudget des Familienhebammendienstes setze sich aus der Summe aller anteiligen Umlagen der beteiligten Städte zusammen. Die Umlage setze sich aus dem Eigenanteil in Höhe von 20% sowie den bewilligten Fördermitteln zusammen. Mehrkosten würden solidarisch unabhängig von der Fallzahl der jeweiligen Kommune getragen.

Beschluss:

Dem Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung in der vorliegenden Form wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	38
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 4 Entsendung von Vertretern der Stadt in die Gremien der "Entwicklungsgesellschaft Stadt Geilenkirchen GmbH"
Vorlage: 867/2013**

Bürgermeister Fiedler erläuterte, dass der Punkt bereits auf der Tagesordnung der Sitzung des Rates am 10.07. gestanden habe. Er sei jedoch in die heutige Sitzung verschoben worden. Es gehe um die Besetzung des Aufsichtsrates und der Gesellschafterversammlung. Wie in der Vorlage dargestellt, sei er selbst für die Gesellschafterversammlung als Vertreter der Stadt vorgeschlagen. Für den Aufsichtsrat seien fünf Personen zu benennen, wobei er kraft Amtes auch einen Posten im Aufsichtsrat besetze. Die restlichen vier Vertreter müssten aus der Mitte des Rates bestimmt werden. Bei Listenvorschlägen würden die Sitze nach Hare-Niemeyer vergeben.

Zunächst wurde über Punkt a) der Vorlage abgestimmt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschloss einstimmig, Herrn Bürgermeister Thomas Fiedler als Vertreter der Stadt in die Gesellschafterversammlung zu entsenden. Die Vertretung richtet sich nach der Vertretung im Amt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	38
Nein:	0
Enthaltung:	0

Stadtverordneter Wolff erklärte, dass er einen gemeinsamen Listenvorschlag (**Liste 1**) der Fraktionen der Freien Bürgerliste, der FDP und der CDU einbringe und folgende Personen vorschlage: Herrn Melchers, Herrn Kravanja und Herrn Conrads sowie als Vertreter Frau Frohn, Herrn Brandt und Herrn Kohnen.

Stadtverordneter Hoffmann schlug eine eigene Liste (**Liste 2**) mit folgenden Personen vor: Frau Kals-Deußen als ständiges Mitglied und Herrn Banzet als Vertreter.

Stadtverordneter Benden schlug für seine Fraktion (**Liste 3**) Herrn Jansen bzw. sich selbst als Vertreter vor.

Die Abstimmung über die Listen ergab folgendes Ergebnis:

Liste 1: 25 Stimmen

Liste 2: 6 Stimmen

Liste 3: 5 Stimmen

Die Auswertung nach Hare-Niemeyer ergab folgende Verteilung der Sitze:

Liste 1: 3 Sitze (Melchers/Kravanja/Conrads; Vertreter: Frohn/Brandt/Kohnen)

Liste 2: 1 Sitz (Kals-Deußen; Vertreter Banzet)

Liste 3: 0 Sitze

Bürgermeister Fiedler informierte darüber, dass die erste Sitzung des Aufsichtsrates frühestmöglich stattfinden werde und die Einladung in Kürze übersandt werde.

TOP 5 Auflösung und Zusammenlegung von Ausschüssen

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD

Vorlage: 911/2013

Bürgermeister Fiedler beschrieb, dass der Punkt über die Auflösung und Neubildung der Ausschüsse seitens der CDU und SPD Fraktionen beantragt worden sei und in der letzten Ratssitzung positiv beschieden worden sei. Zudem sei die Verwaltung mit der Vorbereitung der notwendigen Beschlüsse beauftragt worden. Heute werde folgendes Vorgehen angestrebt: 1. Ausschussauflösung, 2. Neubildung, 3. Besetzung der Ausschüsse, 4. Vergabe der Ausschussvorsitze nach dem Zugreifverfahren. Zu Punkt 3 gebe es zwei verschiedene Vorgehensweisen. Zum einen könne von allen Fraktionen ein gemeinsamer Wahlvorschlag eingebracht werden. Dann sei ein normaler Beschluss möglich. Oder es gebe keinen gemeinsamen Vorschlag sondern separate Listen der Fraktionen. Dann würde die Sitzvergabe der Ausschüsse nach Hare-Niemeyer vorgenommen.

Stadtverordneter Benden führte aus, dass es sich bei der heutigen Ratssitzung um eine einmalige Showveranstaltung handle. Nur acht Monate vor der nächsten Kommunalwahl werde eine Neuverteilung der Ausschüsse beschlossen, mit der Begründung, die Ausschüsse für Bildung und Soziales sowie Sport- und Kultur seien zu wenig belebt. Interessanterweise würden die Ausschussvorsitze von einem Vertreter der CDU bzw. SPD besetzt. Die Begründung, es seien zu wenig Themen vorhanden, könne er nicht nachvollziehen. So gebe es im Bereich Bildung diverse Themen wie die Beschulung der Hauptschüler oder auch der Fortführung der Realschule. Wenn man den sozialen Bereich in Geilenkirchen betrachte, stelle man auch hier diverse Probleme fest, wie die zahlreichen sozialen Brennpunkte, Jugendkriminalität oder den demographischen Wandel. Im Sport- und Kulturausschuss könne bspw. über die maroden Sportanlagen oder auch den Wiederaufbau des Hallenbades gesprochen werden, der die Stadt in den kommenden Jahren immens beschäftigen werde. Es mangle nicht an entscheidungsreifen Angelegenheiten. Der Antrag der CDU und SPD sei ein Skandal und zeuge davon, dass die Ausschüsse nicht ernst genommen würden. Tatsächlich hätten die beiden Fraktionsvorsitzenden Wolff und Hoffmann nicht genug Mut zuzugeben, dass sie in Wirklichkeit den Vorsitzenden des Aus-

schusses für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung, ihn selbst, seines Amtes entheben wollen. Dies werde ihnen auch zweifellos gelingen. Es werde jedoch nicht gelingen, ihn mundtot zu machen. Auch in Zukunft werde er im Rahmen einer frühzeitigen Bürgerbeteiligung die Bevölkerung über Alternativen informieren und zur Diskussion einladen. Dies sei im gemeinsamen Wahlprogramm des damaligen Bündnisses und Herrn Fiedlers vereinbart worden. Die Sondersitzung sei nicht auf Wunsch seiner Fraktion einberufen worden; dennoch werde man eigene Listen zur Abstimmung bringen.

Stadtverordneter Mingers meinte, dass er die im Antrag der CDU und SPD Fraktionen angegebene Begründung einer „effizienteren Ausschussarbeit“ für sehr bedauerlich halte. Beide Fraktionen hätten zusammen die absolute Mehrheit im Rat und seien den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber verpflichtet die wahren Gründe zu nennen. Dass dies nicht geschehe, zeuge von purer Arroganz den Wählerinnen und Wählern gegenüber.

Stadtverordneter Wolff widersprach, dass beide Ausschüsse sehr ernst genommen würden und gerade deswegen ein anderer Tagungsrythmus gefordert werde. In Zukunft werde der zusammengelegte Ausschuss häufiger als bisher tagen und dadurch werde automatisch eine Belegung der Ausschüsse erfolgen. Um die Ausschüsse zusammenzuführen, sei die Auflösung der Ausschüsse erforderlich gewesen. Damit einher gehe auch die Neuvergabe der Vorsitze. An der Ausübung des Vorsitzes im Ausschuss für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung durch den Stadtverordneten Benden sei problematisch gewesen, dass er die Entwicklung der Stadt gebremst habe. Der Stadtverordnete verfolge seine Politik wie ein Geisterfahrer. Obwohl ihm die restlichen vier Fraktionen entgegenkämen, steuere er nach wie vor in die falsche Richtung. Jeder kenne sicherlich den Witz über Geisterfahrer, in dem gesagt werde, dass der Geisterfahrer sich über alle anderen wundere, die in die falsche Richtung fahren würden. Doch ein Geisterfahrer halte im Zweifel an und denke nach bzw. wechsele die Richtung. Dies sei beim Stadtverordneten Benden nicht der Fall. Im Rat der Stadt Geilenkirchen herrsche in der Regel ein gutes, kommunikatives Miteinander. Doch es gebe keine interfraktionellen Gespräche mehr, da der Stadtverordnete Benden nach Meinung der anderen Fraktionsvorsitzenden Interna direkt weitererzähle. Er respektiere die Fraktion der Grünen im Ganzen und halte einige von den Ratskollegen und –kolleginnen für gute Politiker. Angesichts dessen könne er nicht verstehen, dass die eigene Fraktion den Stadtverordneten Benden nicht zur Raison bringe. Er halte ihn für politikunfähig, weil er kompromissunfähig sei.

Stadtverordneter Kravanja betonte, dass er die Beweggründe der Fraktionen für den Antrag nicht beurteilen wolle. Aus rein sachlichen Gründen halte er den Zusammenschluss der Ausschüsse für Bildung und Soziales sowie Sport- und Kultur für richtig. Er sei überzeugt, dass zukünftig wichtige Entscheidungen in dem neu gebildeten Ausschuss getroffen würden, schon alleine weil ein neuer Arbeitsrythmus andere Entscheidungen möglich mache. Aufgrund dessen werde seine Fraktion der Ausschussneubildung zustimmen. Daneben könne die Stadt sicherlich Sitzungsgelder einsparen, so dass auch ein positiver Effekt auf die finanzielle Situation der Stadt entstehe. Daneben wolle er auch einige Sätze in Richtung des Stadtverordneten Benden sagen, dessen Demokratieverständnis er für merkwürdig halte. Er lade mit Halbwissen als Ausschussvorsitzender Bürgerinnen und Bürger zu einer Informationsveranstaltung ein, in der er aufgrund seines Halbwissens falsch informiere. Die

Folgen habe er persönlich gesehen, als er selbst zahlreiche Personen über die tatsächliche Sachlage informieren musste. Es habe eine Desinformation der Einwohnerinnen und Einwohner durch Herrn Benden stattgefunden. Vielleicht sei das Vorpreschen in der Angelegenheit, schon als verfrühter Wahlkampf zu betrachten, in dem die Grünen aktiv Halbwissen verbreiten. Üblicherweise sei es auch so, dass wenn jemand immer mit allen anderen anecke, er vielleicht einmal sein eigenes Verhalten reflektieren sollte und nicht das Verhalten aller anderen in Frage stellen könne. Natürlich setze in einer Demokratie die Mehrheit ihren Willen durch und gehe auch Kompromisse ein. Herr Benden sehe seine eigene Meinung jedoch nur als richtig an und sei daher nicht kompromissfähig.

Stadtverordneter Hoffmann stellte fest, dass es mittlerweile im Rat der Stadt andere Mehrheitsverhältnisse als zu Beginn der Legislaturperiode gebe und die Mehrheit auch die Ausschüsse nach ihren Vorstellungen gestalten könne. Wenn die anfängliche Basis nicht mehr vorhanden sei, könne auch ein Vorsitzender sein Amt verlieren. Daneben habe die SPD immer betont, dass sie mit den Ausschüssen für Bildung und Soziales sowie Sport und Kultur nicht zufrieden sei und diesen Anlass habe man nun aufgegriffen. Und wenn die Fraktion der Grünen so viele Themen für beratungswürdig halte, dann hätte sie jederzeit einen Antrag auf Aufnahme in die Tagesordnung stellen können. Davon habe sie aber keinen Gebrauch gemacht. Der Stadtverordnete müsse die abweichenden Meinungen nun akzeptieren und sein Demokratieverständnis hinterfragen.

Stadtverordnete Frohn bemerkte, dass sie jedes Wort des Stadtverordneten Kravanja wiederholen könne. Darüber hinaus sei der Antrag mitnichten eine Überraschung. Schon im Bündnis sei die Zusammenführung der Ausschüsse Thema gewesen. Und wenn die Abgabe des Vorsitzes gefordert werde, müsse der Stadtverordnete vielleicht hinterfragen, warum der Wechsel mit einer solchen Vehemenz an ihn herangetragen werde. Er habe während seiner Zeit als Vorsitzender die Vorgehensweise im Ausschuss stets diktiert und in Gutsherrenart den Leuten das Wort gegeben und entzogen. Damit habe er die Zusammenarbeit fast unerträglich gemacht. Nur unangenehm zu sein, könne nicht das Ziel sein. Er habe seine Aufgabe unvernünftig ausgeführt. Geilenkirchen brauche jedoch Vernunft.

Stadtverordneter Dr. Evertz erklärte, dass er der festen Überzeugung sei, dass mit der ganzen Aktion der Stadtverordnete Benden als Vorsitzender abserviert werden solle. Ihm laufe es eiskalt den Rücken runter, wenn er sehe, wie hier Politik gemacht werde. Durch die Einberufung der Sondersitzung werde im Zweifel noch mehr Geld verbraucht, als durch den neuen Ausschuss eingespart werde. Die mangelnde Kompromissbereitschaft habe man am Beispiel Parkplatz St. Ursula gesehen, wo die Bezirksregierung letztlich den Vorschlag der Grünen unterstützt habe. In der Schulpolitik sei man nicht der Geisterfahrer. Er werde zunehmend politikverdrossen, wenn er sehe, wie gute Ideen immer abgelehnt würden, weil sie von den Grünen kämen.

Stadtverordnete Thelen stellte fest, dass sie den Schritt für die Zusammenlegung der Ausschüsse nicht nachvollziehen könne. Gerade durch die Zusammenlegung würden die Ausschüsse geopfert. In den Nachbarkommunen gebe es bspw. einen ausschließlichen Schulausschuss, in dem zum Teil auch die Schulleiter der ansässigen Schulen vertreten seien. Man habe versucht, diesem Beispiel in Geilenkirchen zu folgen und auch einen Schulleiter zur Berichterstattung eingeladen. Dies sei jedoch

negativ aufgenommen worden. Ihr tue leid, was mit den Ausschüssen passiere und sie könne es nicht nachvollziehen.

Stadtverordneter Melchers hob hervor, dass es nicht um eine Person gehe oder ein persönlicher Krieg ausgetragen werde. Acht Monate vor der nächsten Kommunalwahl könne diese Ausschusszusammensetzung getestet werden, um für die kommende Legislaturperiode die richtige, dauerhafte Lösung zu finden.

Stadtverordneter Brandt warf ein, dass der Stadtverordnete Benden in Bezug auf die Schulempfehlungen für die Hauptschule mit falschen Zahlen um sich werfe.

Beschluss:

Der Rat beschloss mehrheitlich folgende Ausschüsse aufzulösen:

- Haupt- und Finanzausschuss
- Ausschuss für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung
- Umwelt- und Bauausschuss
- Ausschuss für Bildung und Soziales
- Sport- und Kulturausschuss
- Rechnungsprüfungsausschuss

Abstimmungsergebnis:

Ja:	32
Nein:	6
Enthaltung:	0

Bürgermeister Fiedler erläuterte weiter, dass nun entschieden werden müsse, welche Ausschüsse neu gebildet würden. Die Verwaltung habe in der Vorlage einen entsprechenden Vorschlag unterbreitet.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Geilenkirchen beschloss mehrheitlich, dass folgende Ausschüsse neu gebildet werden:

- Haupt- und Finanzausschuss
- Ausschuss für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung
- Umwelt- und Bauausschuss
- Rechnungsprüfungsausschuss
- Ausschuss für Bildung, Soziales, Sport und Kultur

Abstimmungsergebnis:

Ja:	32
Nein:	6
Enthaltung:	0

Bürgermeister Fiedler fuhr fort, dass die Fraktionen für die Besetzung der Ausschüsse keinen gemeinsamen Wahlvorschlag hätten, so dass über Listenvorschläge abgestimmt werden müsse. Erster Beigeordneter Brunen erläuterte die Vorgehensweise bei der Listenwahl und erkundigte sich, ob es Änderungswünsche gebe.

Stadtverordneter Benden erklärte, dass es zurzeit des Bündnisses diverse Absprache über Ausschusssitze zwischen der Freien Bürgerliste und den Grünen gegeben habe. Diese Vereinbarungen seien für ihn heute nicht mehr bindend. Er schlug für die Listen der Grünen für die einzelnen Ausschüsse die folgenden Personen vor.

HFA: Benden, Volles, Jansen (Vertreter: Dr. Evertz/Thelen)

UBA: Dr. Evertz/Rummler/Volles (Vertreter: Molz/Körner/Eichhorn-Jordan)

Stewi: Bintakys-Heinrichs/Jansen sollen die Listenplätze tauschen, Rummler soll gestrichen werden, Rodenbücher soll ergänzt werden

BSSK: Thelen/Benden/Körner (Vertreter: Bintakys-Heinrichs/Peschen/Eichhorn-Jordan)

Die Listen der restlichen Fraktionen sind vorab schriftlich bei der Verwaltung eingereicht worden. Für die Wahlvorgänge zum Haupt- und Finanzausschuss, Ausschuss für Stadtentwicklung- und Wirtschaftsförderung, Umwelt- und Bauausschuss sowie Ausschuss für Bildung, Soziales, Sport und Kultur wurde geheime Wahl beantragt. Einzig für den Rechnungsprüfungsausschuss wurde über einen gemeinsamen Wahlvorschlag aller Fraktionen per Handzeichen abgestimmt.

Das namentliche Ergebnis aller Wahlvorgänge ist der Ausschussliste zu entnehmen, die in der **Anlage** beigefügt ist. Über die namentliche Stellvertretung hinaus sind alle Stadtverordneten der jeweiligen Fraktion in alphabetischer Reihenfolge zur Stellvertretung berechtigt worden.

(Stadtverordneter Mingers verließ um 19:06 Uhr den Sitzungssaal).

Bei der Wahl des neuen Ausschusses fragte Stadtverordnete Thelen nach, ob nicht die Schulleiter der in Geilenkirchen ansässigen Schulen als beratende Mitglieder in den neuen Ausschuss mit aufgenommen werden sollten.

Es wurde vorgeschlagen, diese Frage in der ersten Sitzung des neuen Ausschusses zu thematisieren.

Weiter wurde per Zugreifverfahren die Vergabe der Ausschussvorsitze und stellvertretenden Ausschussvorsitze bestimmt. Aufgrund der gemeinsamen Listenverbindung von FDP, Freie Bürgerliste, SPD und CDU wurden folgende Ausschussvorsitzende benannt:

- Ausschuss für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung:
Vorsitzender: Karl-Peter Conrads; stellvertretender Vorsitzender: Klaus Bales
- Umwelt- und Bauausschuss: Vorsitzender: Leonhard Kuhn; stellvertretender Vorsitzender: Manfred Schumacher
- Ausschuss für Bildung, Soziales, Sport und Kultur: Vorsitzender: Dr. Joachim Möhring; stellvertretender Vorsitzender: Uwe Eggert
- Rechnungsprüfungsausschuss: Vorsitzender: Herbert Brandt; stellvertretender Vorsitzender: Christian Kravanja

TOP 6 Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen

a) Stadtverordneter Benden erläuterte, dass nach der Kommunalwahl zwei stellvertretende Bürgermeister gewählt worden seien. In der Öffentlichkeit entstehe in den vergangenen Tagen das Bild, als ob nur einer der Stellvertreter in Anspruch genommen werde. Bei einem Termin auf dem Awacs-Gelände seien sogar zwei Ortsvorsteher vor Ort gewesen und nicht der erste stellvertretende Bürgermeister. Er fragte nach, ob sich etwas in der Hierarchie der Bürgermeister geändert habe.

Bürgermeister Fiedler antwortete, dass die Hierarchie der stellvertretenden Bürgermeister nach wie vor gelte. Wenn die Presse teilweise andere Angaben mache oder der NATO E-3A Verband die Ortsvorsteher einlade, könne die Verwaltung keinen Einfluss nehmen.

b) Stadtverordneter Kassel fragte nach, wie es mit der Wiederinbetriebnahme der Turnhalle aussehe.

Bürgermeister Fiedler erläuterte, dass sich die Inbetriebnahme aus verschiedenen Gründen etwas verzögere.

Beigeordneter Mönter ergänzte, dass die Verzögerungen nicht etwa auf mangelndes Engagement der beteiligten Baufirmen, der Verwaltung oder der Versicherung zurückzuführen sei. Vielmehr könne bei einer Baumaßnahme im Bestand immer nur auf Sicht gehandelt werden. So habe sich das Problem auch erst kürzlich eingestellt. Bei der letzten Besprechung vorgegangenen Donnerstag sei der Termin 04.09. noch aktuell gewesen. Mehrere Dinge seien zusammengekommen. So hätten in den vergangenen Tagen Vandalismus-Schäden beseitigt werden müssen. Zudem habe sich herausgestellt, dass sich offenbar Löschwasser unter einem Teil des Hallenbodens gesammelt habe und Schäden verursacht habe. Hier sei eine Sanierung erforderlich geworden, die bereits als Folgeschaden durch den Gutachter anerkannt worden sei. Daher könne ein Drittel der Halle erst im Oktober genutzt werden. Des Weiteren sei bekannt, dass das Brandschutzkonzept schon vor dem Brand nicht komplett gewesen sei. An der Behebung dieses Umstands arbeite man mit Nachdruck, da die Halle ohne Konzept nicht genutzt werden dürfe. Die restlichen Zweidrittel der Halle müssten noch gereinigt werden, wobei die Endreinigung erst ab dem 04.09. aufgrund noch durchzuführender Arbeiten Sinn ergeben habe. Ab Montag könne dieser Bereich genutzt werden. Wenn alle Ergebnisse bspw. der Raumluftmessung sowie der Abschluss der Malerarbeiten abgewartet werden sollte, könne ab dem 19. September die Nutzung des verbliebenen Hallenteils erfolgen.

Stadtverordneter Dr. Evertz teilte mit, dass die Informationen innerhalb der Schule weniger optimistisch seien. Dort werde über Belüftungsprobleme, Schimmelpilzbefall etc. gesprochen.

Bürgermeister Fiedler erklärte, dass der Sachstand der Stadt aktuell sei und man sich auf die Informationen seitens der Stadt verlassen könne.

Beigeordneter Mönter stellte abschließend fest, dass die Stadt – und dort insbesondere das Gebäudemanagement und das Schulverwaltungsamt – in engem Kontakt zur Schule stehe. Die Abstimmung über Ersatzflächen für den Sportunterricht verlaufe positiv, wobei er noch kein direktes Ergebnis präsentieren könne.

c) Stadtverordneter Kuhn erklärte, dass in den vergangenen Jahren aus Spargründen keine städtischen Weihnachtsbäume mehr aufgestellt worden seien. Er fragte nach, ob die Stadt denn private Initiativen bspw. bei der Beschaffung, Aufstellung, Versicherung etc. unterstützen könne.

Stadtverordnete Kals-Deußen schloss sich der Frage für die Ortschaft Hatterath an.

Bürgermeister Fiedler sagte zu, das Anliegen intern zu prüfen.

d) Stadtverordneter Kuhn teilte mit, dass in der Bürgerhalle Würm am 29.09. ab 15:00 Uhr ein Café-Konzert stattfindet, in dessen Rahmen auch die Verleihung der Plakette für barrierefreies Bauen verliehen werde.

TOP 7 Fragestunde für Einwohner

Es gab keine Wortmeldungen.

Sitzung endet um: 20:19

Vorsitzender

Schriftführerin:

Bürgermeister
Thomas Fiedler

Tina Beckers-Offermanns